Nr. 15 XXVII. Jahrgang | Freitag, 17. Januar 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 26, 13 5 36, 13 5 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060 Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen
Die einspaltige Kolonelzeile oder für Dresden und Vororte 55 Pf., für auswärts 60 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M. 1.80, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Listen- oder Anstoßsatz 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 10 Pf. Auf diese Preise werden 20 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Bezugspreis:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste“ 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste“ monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illustr. Neueste“ „ „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste“ monatl. Kr. 1.92, vierteljährl. Kr. 5.[illegible]
„ B mit „Illustr. Neueste“ „ „ 2.49, „ „ 7.47
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Liebknecht und Rosa Luxemburg tot

+ Berlin, 16. Januar. (Priv.-Tel.) Die beiden Führer der Spartakus-Bewegung in Deutschland, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, haben heute nacht ein furchtbares Ende gefunden. Liebknecht, der bei einem Verwandten in der Mannheimer Straße in Wilmersdorf verhaftet worden war, suchte bei der Ueberführung vom Eden-Hotel ins Gefängnis zu entfliehen und wurde auf der Flucht von der Begleitwache erschossen. Rosa Luxemburg wurde von einer wütenden Menschenmenge ihren Wachmannschaften entrissen und getötet. Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division gibt folgende Darstellung:

Gestern abend zwischen 9 und 10 Uhr wurden in der Mannheimer Straße 43 Dr. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg festgenommen. Die Festnahme erfolgte durch Kriminalbeamte, die den Aufenthalt der beiden ermittelt hatten und sie der Schöneberger Bürgerwehr, die in der Cäcilienschule Wache hatte, zuführten. Von dort aus wurden sie getrennt nach dem Stabsquartier der Gardekavallerie-Schützendivision im Hotel Eden gebracht. Die Festnahme sollte nur eine vorläufige sein. Es war beabsichtigt, sie nach dem Untersuchungsgefängnis zu überführen, damit die Regierung entscheiden konnte, was mit den beiden geschehen sollte. Sie wurden getrennt eingeliefert. Liebknecht leugnete zuerst, der Gesuchte zu sein. Er gab es aber schließlich zu. Als die erste Vernehmung und die Feststellung seiner Personalien beendet war, wurde Liebknecht durch einen Seitengang aus dem Hotel zu einem Automobil geführt. Der begleitende Offizier erklärte Liebknecht, daß er unbedingt von der Waffe Gebrauch machen würde, wenn Liebknecht irgendwelchen Fluchtversuch beabsichtige. Liebknecht mußte aus einem Seitenausgang herausgelassen werden, weil sich vor dem Hotel eine große Menschenmenge angesammelt hatte, der bekannt war, daß Liebknecht verhaftet war. Auch in die Halle waren die Menschen schon eingedrungen. Das Auto konnte sich nur mit Mühe Bahn machen, um vorzufahren. Als Liebknecht in das Auto stieg und auf dem Vordersitz Platz nahm — es war ein offenes Dienstauto —, erhielt er von hinten aus der Menschenmenge einen schweren Schlag auf den Kopf, der eine stark blutende Wunde verursachte. Der Führer des Transportes versuchte nun aus der Menge herauszukommen und wollte auf einem Umwege durch den Tiergarten nach dem Untersuchungsgefängnis in Moabit fahren.

Unterwegs erlitt der Wagen eine Panne. In der Gegend des neuen Sees blieb das Auto stehen und der Chauffeur erklärte, daß es einiger Zeit bedürfe, um den Wagen wieder flott zu bekommen. Der Führer des Transportes fragte Liebknecht nun, ob er sich kräftig genug fühle, um bis zur Charlottenburger Chaussee zu gehen, wo man ein Droschkenauto anhalten wollte, um Liebknecht weiterzubringen. Liebknecht erklärte sich hierzu bereit. Als der Transport etwa 50 Meter vom Auto entfernt war, fing Liebknecht auf einmal an, davonzulaufen. Es wurde ihm sofort Halt und Stillstehen nachgerufen. Aber Liebknecht versuchte in das Unterholz zu entkommen. Daraufhin wurden mehrere Schüsse auf ihn abgegeben. Einer davon traf ihn zwischen den Schultern am Halse. Er fiel um und war sofort tot. Man brachte ihn nach der Unfallstation am Zoologischen Garten. Nur der Tod konnte hier festgestellt werden. Seine Leiche wurde dann ins Schauhaus gebracht.

Während Liebknecht abtransportiert wurde, wurde Rosa Luxemburg vernommen. Nach ihrer Vernehmung sollte sie gleichfalls nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht werden. Unterdes war die Menge zu Hunderten angewachsen. Es wurde versucht, die Leute durch eine List vom Eingang fortzubringen. Ein Herr erschien am Seiteneingang des Hotels und erklärte, Rosa Luxemburg sei bereits durch einen andern Ausgang fortgebracht worden. Daraufhin verlief sich die Menge. Der Offizier bestieg zur Sicherheit das Auto und fuhr nach der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche zu, kam jedoch durch andere Straßen zurück und fuhr am Haupteingang am Kurfürstendamm vor. Dort war die Straße menschenleer. Er ging nun nach oben, um Rosa Luxemburg abzuholen. Als er mit der Verhafteten herunterkam, hatte sich inzwischen schon wieder eine Menschenmenge angesammelt, die auch die Halle füllte. Der Führer ging mit ausgebreiteten Armen vor Frau Luxemburg, um ihr den Weg freizumachen. Aber die Menge stürzte sich auf die kleine Person und schlug sie nieder. Bewußtlos wurde Frau Luxemburg in das Auto getragen. Als der Wagen anfuhr, um die Bewußtlose fortzubringen, sprang ein Mann auf das Trittbrett und gab dabei einen Schuß auf die Bewußtlose ab. Der Wagen wurde nun, um Weiterungen zu verhüten, in schnelle Gangart gebracht und kam so an die Brücke zwischen Kurfürstendamm und Hitzigstraße. Dort wurde der Wagen durch Rufe angehalten. Man glaubte, es handle sich um die Wache und ließ den Wagen stillstehen. Im gleichen Augenblick stürmte die Menge auf das Auto, riß den Körper der Frau Rosa Luxemburg aus dem Auto heraus und verschwand in der Dunkelheit. Es ist nicht möglich gewesen, bisher die Leiche aufzufinden. Wahrscheinlich ist sie in den Landwehrkanal geworfen worden. Alles Suchen war bis zur Stunde vergeblich.

Die Entwaffnung

Das Truppenaufgebot der Regierung gegen die Spartakiden hat schon gute Erfolge mit sich gebracht. Der gestrige Tag verlief bis in die ersten Abendstunden hinein im großen und ganzen ruhig. Die blindwütigen Schießereien der Spartakiden, die vorgestern noch den Verkehr mit einzelnen Stadtvierteln lahmlegten, haben sich gestern nicht wiederholt. Es ist dies zum großen Teil dem Einmarsch der zahlreichen Truppenteile zu danken, die sowohl zur Aushebung der Spartakiden-Nester als auch zum Schutz der Wahlen für die Nationalversammlung in Berlin zusammengezogen sind. In vollständiger Ordnung hielten die Regierungstruppen ihren Einzug in die Stadt. Mit den einzelnen Batterien, die je sechs Geschütze umfassen, breiteten sie sich strahlenförmig in der Stadt aus und besetzten die wichtigsten Punkte. Am stärksten sind die Truppenansammlungen an der Wallstraße und an der Jannowitz-Brücke. Am Potsdamer Platz war Artillerie aufgefahren. An den Kanonen sind Tafeln angebracht mit der Warnung: „Halt! Wer nicht stehen bleibt, wird erschossen!“ Auch mit der Besetzung von Neu-Kölln ist begonnen worden. Der gestrige Abend ist im Zeitungsviertel sehr viel ruhiger verlaufen als die vorherigen. Erst zwischen 11 und 12 Uhr hörte man wieder einige Schüsse und das Feuer eines leichten Maschinengewehrs, das wieder von einem Dache zu kommen schien. In den beiden letzten Nächten sind, wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ meldet, die auf dem Bahnpostamt am Anhalter Bahnhof aufgelieferten 50 000 Exemplare der „Roten Fahne“ beschlagnahmt worden. Der Verlag des Blattes hat bei der Regierung Beschwerde eingelegt. In den betreffenden Nummern des Spartakus-Organs waren die Ereignisse in Aufsätzen von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg vollkommen entstellt worden, die zu neuen Taten aufreizten. Ueber

die Vorgänge in Moabit

wird noch berichtet:

kg. Berlin, 16. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Als gestern abend waren im Stadtteil Moabit über dreißig Maschinengewehre, viele Hundert Handwaffen und größere Mengen Munition aller Art der Spartakiden in die Hände der Regierungstruppen gefallen. Man nimmt an, daß Eichhorn und sein Anhang mit mehr als achtzig Maschinengewehren und 500 Handfeuerwaffen am Sonntag geflüchtet ist. Im Laufe des Spätabends und der Nacht ist es im Tiergarten, in der Händelstraße und in den nordwestlichen Vororten, besonders in Reinickendorf, zu neuen Schießereien mit noch immer bewaffnet herumstreifenden Spartakus-Truppen gekommen. In Moabit sind bei den gestrigen Entwaffnungen einige fünfzig Personen festgenommen worden. Darunter befanden sich wieder 24 Russen. Die Londoner „Morning Post“ hatte bereits vor acht Tagen indirekt aus Petersburg gemeldet, daß über fünfhundert russische Agitatoren zur Durchführung der deutschen Kommunistenbewegung auf deutschem Boden weilen.

An die Arbeiter- und Soldatenräte erläßt der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik folgenden Aufruf: „Am Sonntag den 19. Januar wählt das deutsche Volk die gesetzgebende Nationalversammlung. Die große Bedeutung dieser Wahlen braucht nicht besonders dargelegt zu werden. Sie sind erforderlich, um die Errungenschaften der Revolution gesetzlich zu verankern. Diese Wahlen müssen überall ohne jede Störung durchgeführt werden können. Die wahlberechtigten deutschen Männer und Frauen müssen frei und unbeeinflußt ihr Wahlrecht ausüben können. Hierzu müssen die Arbeiter- und Soldatenräte dem Volke verhelfen. Deshalb richten wir an alle Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands die Aufforderung, alles zu tun, um die Durchführung der Wahlen zur Nationalversammlung zu sichern.“

*

Das Parteibureau der unabhängigen Sozialisten verwüstet

WTB. Berlin, 15. Januar. Wie behauptet wird, soll bei der heute vorgenommenen Besetzung von Stadtteilen Groß-Berlins durch Regierungstruppen zum Zwecke der Waffenabnahme das Parteibureau der U. S. P. D. von 30 Soldaten unter Führung eines Offiziers in unerhörter Weise verwüstet worden sein. Die Reichsregierung verurteilt solche Ausschreitungen aufs schärfste und wird jeden Schuldigen ohne Nachsicht zur Verantwortung ziehen. Es ist bereits einwandfrei festgestellt, daß in dem Falle des Parteibureaus der U. S. P. D. nicht die Noskeschen Truppen, sondern eine Abteilung der Volkswehr aus dem Reichstage, unter Führung des Leutnants Schröder, in Frage kommt. Dieser ist bereits festgenommen worden.

*

Die Verkehrsausstände

Der Hochbahnbetrieb wurde heute nach einer Abstimmung der Angestellten wieder aufgenommen. Dagegen ruht der Stadtbahnverkehr immer noch. Die Wiederaufnahme des Betriebes zwischen Charlottenburg und Schlesischem Bahnhof läßt sich auch nicht annähernd in Aussicht stellen. Der Hauptgrund der Verkehrseinstellung soll der Mangel an Lokomotiven infolge der Abgabe an die Feinde sein.

*

Ein Ordnungsheer für das Reich

k. Berlin, 16. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Wie die Korresp.-Gesellschaft erfährt, wird nach vollendeter Entwaffnung der Reichshauptstadt die Beseitigung des spartakidischen Terrors auch in den übrigen Gebieten des Reiches durch militärische Exekutive durchgeführt werden. Die Aufstellung eines ständigen Ordnungsheeres wird die Nationalversammlung zu beschließen haben.

*

Standrecht in Bremen

In Bremen, wo die gesamte wirtschaftliche und politische Macht in den Händen der proletarischen Räteregierung liegt, ist am 10. d. M. das Standrecht verhängt worden. Alle Bürger und Offiziere mußten bei Todesstrafe bis zum 11. Januar ihre sämtlichen Waffen abliefern. Der Rat der Volkskommissare erließ eine Verfügung, nach der bis auf weiteres außer den Sicherheitspatrouillen weder bewaffnetes Militär, noch bewaffnete Arbeiter sich auf den Straßen aufhalten dürfen. Gleichzeitig wurde wieder der Belagerungszustand über Bremen verhängt.

*

Verhinderung von Truppentransporten in Braunschweig

Die braunschweigische Regierung hat an den Bahnen, die durch braunschweigisches Gebiet fahren, einen großen Teil der Bahnhöfe besetzt und durch Beauftragte hier erklären lassen, daß Truppentransporte, die braunschweigisches Gebiet berühren, festgehalten und entwaffnet werden sollen. Es handelt sich dabei auch um Truppentransporte, die für die Ostwehr bestimmt sind. Daraufhin ließ der Arbeiter- und Soldatenrat Hannover den auf braunschweigischem Gebiet liegenden Bahnhof Vorsfelde besetzen, wogegen der A.- und S.-Rat in Braunschweig Einspruch erhob.

In einer Bekanntmachung des Braunschweiger Arbeiter- und Soldatenrats werden die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. d. M. unter dem Schutze der A.- und S.-Räte stehen. Wer es unternimmt, die Wahlen zu stören oder zu verhindern, wird vor das Volksstandgericht gestellt und entsprechend bestraft werden.

Nach einer Meldung der Abteilung für Pressenachrichten im Arbeiter- und Soldatenrat Hannover ist der hannoversche Kreis Hadeln zu einem Teil der Republik Cuxhaven erklärt und militärisch besetzt worden.

*

In Oberschlesien

Auf der Georg- und Radzionkau-Grube ist der Ausstand tatsächlich erloschen. Auf der Ferdinand-Grube fuhren gestern von 1500 Mann nur etwa 800 ein. Auf der Dubenko-Grube kam es gestern zu einer spartakidischen Ausschreitung. Dem Rybniker Soldatenrat gelang es, die Ordnung wiederherzustellen. Die Streikenden verlangten darauf die sofortige Entfernung des Militärs, entschlossen sich aber, als ihre Forderung nicht erfüllt wurde, zur Einfahrt. Auf der Preußen-Grube ist es am 11. d. M. vor der Wohnung des Direktors zu großen Menschenansammlungen und Gewalttätigkeiten gekommen. Die Spartakiden forderten vor der Einfahrt der Belegschaft die Entfernung des Militärs, dessen entschiedenes Vorgehen aber die Gesinnung der überwiegenden Mehrzahl der Arbeiter so gestärkt hatte, daß sie zur Zeche liefen und die lärmenden Spartakiden mit Gewalt entfernten.

Durch die spartakidischen Wirren in Oberschlesien, die durch die Verhängung des Belagerungszustandes wesentlich eingeschränkt zu sein scheinen, haben selbstverständlich die Loslösungsbestrebungen in Oberschlesien, die auf Errichtung eines oberschlesischen Freistaates hinzielen, wesentlich an Boden gewonnen. Fast alle größeren Zeitungen des oberschlesischen Industriebezirks bringen heute einen Aufruf des Zentralbureaus des Bundes der Oberschlesier, in dem es heißt: „Oberschlesier jeglicher Parteirichtungen, schart euch zusammen zum Bunde der Oberschlesier mit der Parole ‚Oberschlesien den Oberschlesiern!‘“ Im einzelnen erstrebt der Bund insbesondere die sofortige Aufhebung der gesamten gegen die Polen Oberschlesiens gerichteten preußischen Ausnahmegesetze, Errichtung einer besonderen oberschlesischen Delegatur, deren Inhaber ein oberschlesischer doppelsprachiger katholischer Geistlicher sein soll.

*

Im rheinisch-westfälischen Gebiet

Die Arbeiter und Handwerker des Rheinisch-Westfälischen Wasserwerkes waren wegen Nichtbewilligung ihrer Lohnforderungen in den Ausstand getreten, so daß große Gebiete ohne Wasser waren. Sie haben aber gestern mittag nach Verhandlungen mit dem Mülheimer A.- und S.-Rat die Arbeit wieder aufgenommen. Die endgültige Regelung der Arbeit behält sich das Direktorium vor.

Im Essener Kohlengebiet sind bei der gestrigen Morgenschicht auf sechs Zechen etwa 2730 Mann nicht eingefahren. Gegen seine Besetzung mit Kontrollkommissionen durch den Arbeiter- und Soldatenrat in Essen hat der Bergbauverein beim Volksbeauftragten Ebert mit folgenden Ausführungen Einspruch erhoben: „Die Kontrolle der Geschäftsführung des Bergbauvereins und des Zechenverbandes sowie die gewünschte Einsicht in die Bücher und Befolgung der Anordnungen des A.- und S.-Rates sind ein eigenmächtiger Eingriff in Wirkungskreis und Eigentum des Bergbauvereins und Zechenverbandes als privater Vereinigung von Arbeitgebern, ein Bruch des Privatrechtes und der Privatfreiheit, in Widerspruch zu den wiederholten feierlichen Zusicherungen der gegenwärtigen Regierung. Der Zechenverband der Arbeitgeber ist dasselbe, was für die Arbeitnehmer die Gewerkschaften sind. Nichtgewährung gleicher Rechte und Bewegungsfreiheit an beide widerspricht einer Grundforderung der Arbeiterbewegung selbst und rückt den Zerfall der Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in drohende Nähe.“

Nationalliberale und Deutsche Demokratische Partei

Vom Staatsminister Dr. Friedberg

Unter der großen Zahl der früheren Nationalliberalen, die der Deutschen Demokratischen Partei beigetreten sind, befindet sich auch der alte nationalliberale Führer und Staatsminister Dr. Friedberg, dessen offenes Bekenntnis, dem wir hier Raum geben, vielen erwünschte Aufklärung bringen wird. Die Redaktion.

Die Nationalliberale Korrespondenz veröffentlicht einen Aufruf „An unsre Parteifreunde“, worin den bisherigen Nationalliberalen, die sich der Deutschen Demokratischen Partei angeschlossen haben, ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß sie in einer Kundgebung an ihre früheren Parteifreunde ihren Standpunkt zu begründen und für die gewonnene Anschauung zu werben suchen. Dieser Vorwurf ist so unlogisch, daß er überhaupt keiner Widerlegung bedarf. Man sollte meinen, daß das, was die bisherigen Nationalliberalen getan haben, ihr unveräußerliches Recht ist, das ihnen mit oder ohne Zentralvorstandsbeschluß niemand bestreiten kann. Damit erledigt sich eigentlich jede weitere Abwehr.

Nur einen Vorwurf möchten wir noch etwas näher beleuchten. Es heißt in dem Elaborat des Geschäftsführenden Ausschusses der Deutschen Volkspartei wörtlich: „Wenn man im Interesse der Einheitlichkeit des liberalen Bürgertums zu einer solchen Partei überschwenkt, so muß man alles vergessen haben, was von der Deutschen Demokratischen Partei an abstoßender Unfreundlichkeit und Gehässigkeit gegen den Gesamtanschluß der nationalliberalen Partei geschrieben, geredet und gehandelt worden ist.“ Dieser Satz ist, abgesehen von der starken Uebertreibung, durchaus zutreffend. Man muß aber eben vergessen können, wenn man sich nicht dem Vorwurf der Kleinlichkeit gegenüber wichtigen politischen Zielen aussetzen will. Das beweist ja auch die Unterzeichnung der Entgegnung der Deutschen Volkspartei durch Herrn Dr. Stresemann, der so ziemlich alles vergessen mußte, was in der vorliegenden Frage von Erheblichkeit für ihn ist. Er hat zunächst vergessen — und das muß immer wieder hervorgehoben werden —, daß er völlig bereit war, in die Deutsche Demokratische Partei einzutreten, falls die von ihm aufgestellten Bedingungen angenommen würden. Nur weil seine Bedingungen, soweit sie persönlicher Natur waren, nicht erfüllt wurden, trat er wieder zurück. Seine Umkehr erfolgte also nicht aus sachlichen Gründen und nicht grundsätzlich, sondern mit Rücksicht auf andre Motive. Ob das ausreicht, um seine veränderte Stellungnahme zu erklären, überlasse ich dem öffentlichen Urteil. Herr Dr. Stresemann hat ferner vergessen, daß er mit mir darin vollständig einig war, daß selbst im Falle des Weiterbestehens der übrigen nationalliberalen Partei für die Wahlrechtsverweigerer und für die westfälische Gruppe kein Raum in ihr mehr vorhanden sei. Das hindert nicht, daß unter den Unterschriften der volksparteilichen Entgegnung sich der Name des hartnäckigsten und unbelehrbarsten Wahlrechtsgegners, des Herrn Abg. Boisly, befindet, der seinerzeit sogar gedroht hatte, im Falle der Auflösung des Abgeordnetenhauses sich mit Kandidaten andrer Parteien gegen die eigene Partei aufstellen zu lassen. Herr Dr. Stresemann hat weiter vergessen müssen, daß er sofort seinen Frieden mit der von ihm verpönten westfälischen Gruppe geschlossen hat, die ihm bereits auch die Quittung dafür erteilt, indem sie mit Konservativen und Antisemiten eine gemeinsame Liste für Westfalen aufgestellt hat. Wenn schließlich die Unterzeichner der volksparteilichen Entgegnung mit Emphase ausrufen: „deshalb sind wir unter keinen Umständen gewillt, der sozialdemokratischen Partei zur Bildung einer regierungsfähigen Mehrheit die Hand zu reichen“, so haben sie bei diesem stolzen Satz vergessen müssen, daß Herr Dr. Stresemann es war, der im alten Reichstage zusammen mit der sozialdemokratischen Partei eine parlamentarische Mehrheit herstellte und mit ihr lange Zeit befriedigend zusammenarbeitete. Da er also darin bereits Uebung hat, wird es ihm nicht schwer werden, seine jetzigen Parteifreunde morgen oder übermorgen von der Notwendigkeit eines solchen Zusammenarbeitens mit den Mehrheitssozialisten zu überzeugen.

Auf die sachlichen Gründe, welche die Unterzeichner des volksparteilichen Aufrufes für ihre Stellungnahme beibringen, will ich nicht näher eingehen. Mir genügt vollkommen, daß sie von ihrer Richtigkeit überzeugt sind. Ich achte ihre Ueberzeugung und bestreite ihnen nicht das Recht, wie sie es andern gegenüber getan haben, ihre Gründe öffentlich zu vertreten. Nur diejenigen haben dieses Recht verwirkt, die grundsätzlich bereit waren, in die Deutsche Demokratische Partei einzutreten und dann aus ungenügenden Gründen andern Sinnes geworden sind, ebenso wie diejenigen, die sich um die entscheidende Abstimmung im Zentralvorstand gedrückt haben, um erst abzuwarten, von welcher Seite ihnen zuerst ein Mandat für die Nationalversammlung angeboten werden würde.

Die neue Reichsverfassung

Das Reichskabinett hat sich in den beiden letzten Tagen mit dem Verfassungsentwurf beschäftigt, der der Nationalversammlung vorgelegt werden soll. Nach diesem Entwurfe soll sich das Reich aus einer Anzahl von Freistaaten zusammensetzen. An der Spitze soll ein Präsident stehen, der auf zehn Jahre gewählt wird. Die Regierung wird von einem Reichskanzler und Reichsministern geführt werden. Es soll die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit gesichert werden. Die Ausübung jeder gottesdienstlichen Handlung wird gewährleistet, soweit sie nicht der öffentlichen Ordnung widerspricht. Anderseits darf niemand zu einer kirchlichen Handlung gezwungen werden. Auch ist niemand